

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Ramm im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

## Deutschland.

**Berlin, 25. Februar.** Die Wahlgese-  
nodelle für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus  
und für die Gemeindevahlen lauten nach den Be-  
schlüssen der Kommission des Abgeordnetenhauses  
wie folgt:

§ 1. Für die Wahl zum Hause der Ab-  
geordneten werden die Wähler nach Maßgabe  
der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-,  
Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern  
in drei Abtheilungen getheilt.

Nicht zur Berechnung gelangen hierbei die  
den Betrag von zweitausend Mark übersteigende  
Staatsrenten, sowie die auf den Nieß-  
brauch der Steuer entfallenden Gemeindefeuer-  
zuschläge.

Für jede nicht zur Staatsrentensteuer  
veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein  
Betrag von drei Mark zum Maßstab zu bringen.

Von der sich hiernach ergebenden Gesamt-  
summe der Steuerbeträge aller Wähler entfallen  
fünf Zwölftel auf die erste Abtheilung, vier Zwölftel  
auf die zweite Abtheilung und drei Zwölftel  
auf die dritte Abtheilung.

§ 1 a. Wähler, welche zu einer Staats-  
steuer nicht veranlagt sind, wählen in der dritten  
Abtheilung.

§ 1 b. Falls in der dritten Abtheilung nur  
Personen zu wählen haben, welche zu einer  
Staatssteuer nicht veranlagt sind, findet die Bil-  
dung der ersten und zweiten Abtheilung in der  
Art statt, daß von der Gesamtsumme der für die  
Abtheilungsbildung nach §§ 1 und 2 in Be-  
tracht kommenden Steuerbeträge fünf Neuntel auf  
die erste Abtheilung, vier Neuntel auf die zweite  
Abtheilung entfallen.

§ 2. Wo direkte Gemeindesteuern nicht er-  
heben werden, treten an deren Stelle die vom  
Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Ge-  
werbesteuer.

§ 2 a. Auch in Gemeinden, welche in meh-  
rere Wahlbezirke getheilt sind, wird für  
jeden Wahlbezirk eine besondere Abtheilungsfeste  
gebildet.

§ 3. In den Stadt- und Landgemeinden,  
in welchen die Bildung der Wählerabtheilungen  
für die Wahlen zur Gemeindevertretung nach  
dem Maßstabe direkter Steuern stattfindet, werden  
diese Abtheilungen fortan allgemein in der  
durch die §§ 1 bis 2 für die Wahlen zum  
Hause der Abgeordneten vorgeschriebenen Weise  
gebildet.

§ 4. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden  
Bestimmungen, insbesondere das Gesetz, be-  
treffend Aenderung des Wahlverfahrens, vom 24.  
Juni 1891 (Gesetzsamml. S. 231) werden auf-  
gehoben.

§ 5. Bis zum Erlasse des Wahlgese-  
zes werden die Bestimmungen der Artikel 71 und  
115 zur Verfassungsurkunde, soweit sie den vor-  
stehenden Bestimmungen entgegenstehen, außer  
Kraft gesetzt.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem  
Tage seiner Verkündung in Kraft, jedoch erhal-  
ten § 2 und für die Wahlen zum Hause der Ab-  
geordneten die Vorschriften des § 1, wonach bei der  
Bildung der Wählerabtheilungen die direkten  
Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern  
in Anrechnung zu kommen zu haben, erst mit dem  
Inkrafttreten des Gesetzes wegen Aufhebung direkter  
Staatssteuern Geltung.

§ 7. In der vorgeschriebenen vom Bundesrath ange-  
nommenen Novelle zum Unterhaltungswohnungs-  
gesetz handelt es sich in der Hauptsache um die  
Erfüllung einer Forderung der Verböhrer des  
plattens Landes und namentlich des Ostens, die  
wohl überall bereits Anerkennung gefunden hat.  
Die großen Städte und Industriestädte ziehen  
die Bevölkerung vom platten Lande an sich. Zahl  
für Jahr nimmt, wie noch die Volkszählung vom  
Dezember 1890 zur Evidenz ergeben hat, in Folge  
dessen der Umfang der ersten zu. Die Arbeits-  
kräfte in ihnen vermehren sich, während auf dem  
platten Lande über Mangel an denselben geklagt  
werden muß und namentlich zu den Bestellungen  
und Erntezeiten bereits vielfach deshalb recht  
unliebsame Zustände Platz gegriffen haben. Läßt  
sich gegen diesen Zug nach den Städten und dem-  
gemäß gegen die Verminderung der Arbeitskräfte  
auf dem Lande auf dem Wege der Gesetzgebung  
nichts anstellen, so ist es doch wenigstens mög-  
lich, einem anderen aus diesem Zuge für das  
platt Land hervorgehenden Mißstände einen Ende  
zu machen oder ihn in seinen Folgen zu mildern.  
Nach dem bisherigen Unterhaltungswohnungs-  
gesetz erwirbt der in die Stadt gezogene Landbewohner  
erst wenn er nach zurückgelegtem 24. Lebensjahre  
2 Jahre daselbst zugebracht hatte, den Unter-  
haltungswohnungsrecht in der Stadt. Unter allen Um-  
ständen muß also die ländliche Gemeinde ihren in  
die Stadt gezogenen Angehörigen, falls er vor  
Vollendung des 24. Lebensjahres hiesig verbleibt  
wird, unterstützen. Sie muß es sogar in dem  
Falle, daß der betreffende Angehörige erst kurz vor  
Vollendung des 24. Lebensjahres die ländliche  
Gemeinde verlassen hat, um nach der Stadt zu  
ziehen, bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres  
dieselben thun. Das ist eine Bestimmung, die  
solange nicht drückend wirkt, als die Städte nicht  
die Verböhrer des plattens Landes allmählich an  
sich ziehen. Gegenwärtig wirkt sie in ihren Fol-  
gen höchst ungerecht. Das platt Land hat neben  
dem Schaden, der ihnen in Folge des Zuges nach  
den Städten in der Verfügung über seine Ar-  
beitskräfte erwächst, auch noch die Kosten dieser  
Unterstützungen zu tragen. Es ist deshalb in der  
Novelle beabsichtigt, das Lebensjahr, von welchem  
ab durch Aufenthalt von 2 Jahren der Unter-  
haltungswohnungsrecht erworben werden kann, beträch-  
tlich herabzusetzen. Die Angelegenheit ist schon  
häufig in Reichstags besprochen worden und hat  
sich dort fast nirgend ein Widerspruch gegen  
diese Neuordnung der Erlangung des Unter-  
haltungswohnungsrechts durch Aufenthalt gezeigt. Es  
ist deshalb auch zu erwarten, daß die nunmehr  
baldestig dem Reichstags zuzustellende Novelle dort  
allseitige Zustimmung finden wird.

— Zur internationalen Sanitätskonferenz in  
Dresden sollen Anstalt und Frankreich dieselben  
Vertreter entsenden, die schon an der Cholera-  
konferenz in Venedig theilnahmen. Oesterreich-  
Ungarn entsendet den früheren Gesandten in Bra-  
silien, Hergelmüller, den General-Konst v. Griller  
in Galaz, ferner für Oesterreich die Ministerial-  
räthe Ritter von Wapf und von Ebner, für Un-  
garn Ministerialrath A. von Tascho-Mohs und  
einen noch nicht bezeichneten Vertreter des un-  
garischen Handelsministeriums. Italien ernannte  
zu seinen Vertretern die Gesandten Curotassi

und den Direktor im Gesundheitsamt Dr. Bag-  
liano. Die Schweiz hat den schweizerischen Ge-  
sandten Roth in Berlin und den eidgenössischen  
Sanitätsreferenten Schmid in Bern abgeordnet.

— Die gestrige Entlassung des Reichers Al-  
wardt aus dem Gefängnis zu Köpenick gestaltete  
sich zu einer antiseptischen Kundgebung. Al-  
wardts Straßzeit hatte Nachmittags um 3 Uhr  
20 Minuten ihr Ende erreicht; man entließ ihn  
aber schon um 1 Uhr, ohne einen Grund hierfür  
anzugeben. Wahrscheinlich wollte man einen  
größeren Empfang an den Thoren des Gefäng-  
nisses verbinden. Einige Anhänger hatten sich  
aber in richtiger Voraussicht schon vor 1 Uhr  
in Köpenick eingefunden. Man geleitete den vor-  
zeitig freigelassenen zunächst nach dem Moabit-  
Schützenhaus, wo sich dreizehn Abordnungen aus  
verschiedenen Ortschaften bei ihm, „als ihrem  
eriten Führer“ meldeten. Um drei Uhr erschienen  
nach und nach etwa zweihundert Berliner Freunde,  
die kurz vor vier Uhr in einem Zuge von 47  
Droschken erster Klasse Alwardt nach Berlin ge-  
leiteten. An der Spitze fuhr Alwardt mit seinem  
Vertheidiger Hertwig. So hielt Alwardt durch  
das Brandenburger Thor, gefolgt von dem langen  
Wagenzuge seinen Einzug. Schrittweise ging es  
die Linden entlang und durch die Friederichs-  
traße nach den Germania-Sälen in der Chausseestraße.  
Al und zu wurden Hochrufe aus dem Publikum  
laut, die Alwardt freudig erwiderte. In den  
Germaniasälen hatten sich etwa dreitausend Per-  
sonen beiderlei Geschlechts eingefunden, die Straße  
vor dem Lokale war mit Menschenmassen dicht  
gedrängt. Als Alwardt das Innere betrat, empfing  
ihn der Ruf eines Musikcorps. Er wurde nach  
der Rednertribüne geleitet, die mit Palmengruppen  
geschmückt war. Ein ebenso brausender Empfang  
wurde dem Rechtsanwalt Hertwig zu Theil. Ehe  
Alwardt das Wort nahm, führten Händler in  
den Saal, die Droschken gegen das Inventarum  
und Bilderbogen mit Alwardts Feldthaten feil-  
boten. Um 5 Uhr begann Alwardt seine An-  
sprache: Er habe einen warmen Empfang in seiner  
Familie erhofft, sei aber enttäuscht, von der großen  
deutschen Familie, der er angehört, begrüßt zu  
werden. Die Zeit seines viermonatlichen Kerkers  
könne er eigentlich nicht als unglücklich bezeichnen;  
er habe Mühe gefunden, über die Bewegung nach-  
zudenken und sei zu dem Schluss gelangt, Front  
gegen das Inventarum zu machen, so lange er  
lebe, gegen das parasitische asiatische Volk u. i. w.,  
u. i. w. Zum Schluss sagte Redner: „Rufen  
wir nicht eher, bis wir die Thüren los sind.“ Das  
Ved: „Deutschland, Deutschland“ wurde hierauf  
abgesungen und Hochs auf Alwardt und Her-  
wig ausgedrückt. Auch Hertwig hielt eine An-  
sprache und die Feier zog sich bis in die Abend-  
stunden hin.

**Danzig, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
westpreussische Provinziallandtag beschloß heute  
mit großer Mehrheit die Erbauung einer dritten  
Provinzial-Fremdenpforte für 500 bis 1000 Kranke  
auf dem Gute Komarschein bei Stargard.

**Breslau, 24. Februar.** (W. T. B.) Pro-  
fessor Dr. Karl Brantl, Direktor des hiesigen bo-  
tanischen Gartens, ist gestorben.

**Hannover, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
Staatsanwalt hat die gegen das Urtheil im  
Wesfenprozess eingelegte Berufung zurückge-  
zogen.

**Neustrelitz, 23. Februar.** Während der  
Festtag zu Ehren des Kaiserbesuchs erhob sich  
der Großherzog zu einem Trinkpruch auf seine  
erlauchten Gäste. Er dankte zunächst dem Kaiser  
für seinen Besuch im eigenen Namen, im Namen  
der Seinen und in dem des Landes. Schon vor  
Jahresfrist hat der kaiserliche Neuber bei der Hoch-  
zeit in Remplin seiner Freunde über die Anwesen-  
heit seiner Majestät auf mecklenburgischem Boden  
Ausdruck geben können; noch größer aber sei die  
Freude heute, das Kaiserpaar in dieser Stadt und  
in diesem Schlosse begrüßen, empfangen und be-  
wirthen zu können. Damals habe noch die jüngste  
Tochter der Schwester seines Vaters, die Frau  
Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin,  
gelebt. Der Großherzog erinnerte daran, daß der  
Kaiser auch mitterlidsch mit der Frau Groß-  
herzogin verwandt sei, die als geborene Prinzessin  
von Großbritannien und Irland eine Kousine der  
Königin Viktoria, Kaiserin von Indien, sei. Lange  
sei es her, daß die Königin Luise in Hohenberg  
aus dem Leben abgerufen sei; in diesem Jahre  
seien hundert Jahre verflossen, daß sie einst in  
Berlin um die Weihnachtszeit ihrem Gemahle die  
Hand fürs Leben gerichtet habe. Ein Jahrhundert  
sei eine lange Zeit, aber noch heute lebe in diesem  
Land und in dem Lande ihr Andenken fort.  
Möge der Geist der Königin noch lange walten;  
möge auch die Verehrung dem Kaiser Glück und  
Segen spenden. Möge sie ihm die Kraft ver-  
leihen, das Recht zu wahren und wiederherzu-  
stellen, das Vaterland zu vertheidigen und zu  
schützen. Möge es dem Kaiser nie an Männern  
fehlen, wie Blücher und Moltke, die geborene  
Mecklenburger waren. Auch das Mecklenburger  
Land und dessen Fürsten stehen treu zu Kaiser  
und Reich und werden nicht ermangeln, stets ihre  
Pflichten zu erfüllen. „Ich trinke“, so schloß der  
Großherzog, „auf das Wohlergehen Euer Majes-  
tät, auf das Wohl Ihrer Majestät der Kaiserin  
und Königin, auf das Wohl Ihrer blühenden  
Kinderkinder und zwar nicht nur der Prinzen,  
sondern auch insbesondere der jungen Prinzessin,  
die ich im letzten Herbst mit der Großherzogin  
aus der Taufe gehoben habe.“ — Der Kaiser  
gab seiner Erwiderung ein weniger offizielles  
Gepräge, indem er Dank und Tante mit „Gut“  
antwortete. Auch er gedachte zunächst der Ver-  
gangenheit; er gestand, daß er mit tiefer Weh-  
mut heute noch die Thüren gedanklich sei, auf  
denen der Blick der unvergessenen Frau so oft  
gewandt habe. Er erinnerte daran, daß sein kaiser-  
licher Großvater, wenn er auf die Königin Luise  
zu sprechen kam, ihrer in wärmster Liebe und  
Verehrung gedachte. Ihr Geist und der Geist  
aufrichtiger Wahrheitsliebe wird in diesem Hause  
forleben. Der Kaiser hoffte, an Blücher und  
Moltke denken, daß auch fernherin Mecklenburg  
beachtende Leute und einen tüchtigen Nachwuchs  
stellen werde, mit dem er in Krieg und Frieden  
auf den Bahnen vorwärts strebe, die er über-  
kommen habe. Seine Majestät trank also auf  
das Wohl des Großherzogs, der Großherzogin und  
der großherzoglichen Familie. — Der schlichten  
Form dieser Festtagsrede entsprach es nach der  
„N. Pr. Ztg.“ auch, daß man von jeder Musik  
abgesehen hatte.

**Oldenburg i. Gr., 24. Februar.** Die  
„Oldenburgische Zeitung“ schreibt: Aus Vantags-  
kreisen heraus ist bekannt geworden, daß Se. kgligl.

Hohheit der Großherzog beim Empfang der Land-  
tagsdeputation mit warmen und erheiterten Worten  
sich für das Zustandekommen der neuen Militär-  
organisation ausgesprochen hat. Auffallend er-  
scheint es, daß hierüber weder in der gestrigen  
Landtagsitzung, wo über den Empfang der De-  
putation berichtet wurde, noch sonstwie etwas  
Authentisches in die Öffentlichkeit gelangt ist.  
Die an allerhöchster Stelle geäußerten Worte  
dürften doch nicht allein an die Landtagsdeputa-  
tion, sondern vielmehr an das ganze Land gerichtet  
gewesen sein.

**Oldenburg i. Gr., 24. Februar.** Zum  
Nachfolger des Eisenbahndirektors Bernmann wurde  
laut der „Oldenburgischen Zeitung“ der Geheim-  
Finanzrath v. Mühlens zu Berlin ernannt.

**Suttgart, 24. Februar.** Anlässlich des  
morgigen Geburtstages des Königs Wilhelm II.  
erfolgten zahlreiche Auszeichnungen und Ernen-  
nungen. So ist der Kabinetschef Dr. v. Griesing  
in den erblichen Freiherrenstand erhoben worden.  
Der Direktor v. Balz wurde zum Präsidenten der  
Generaldirektion der Staatsbahnen befördert und  
der Regierungsdirektor von Gaupp zum Präsi-  
denten der Zentralstelle für Handel und Gewerbe  
ernannt.

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 24. Februar.** Die „Neue Freie  
Presse“ meldet: Die Einführung der zweijährigen  
Dienstzeit der österreichisch-ungarischen Armee muß  
in Folge der Schwierigkeiten, denen die deutsche  
Heeresverfassung begegnet, vorläufig aufgeschoben  
werden. Man wartet hier die Durchführung der  
neuen Organisation in Deutschland ab, da für be-  
reitet die österreichische Regierung behufs Kräf-  
tigung der Wehrmacht eine Reform der öster-  
reichischen Landwehr vor. Diese soll durch Ver-  
längerung des Präsenzdienstes von einem auf zwei  
Jahre und durch Vermehrung um 6000 Mann  
auf den gleichen Stand mit den ungarischen Kon-  
vets gebracht werden, damit beide Landwehren be-  
fähigt sind, an Seite der aktiven Armee in erster  
Linie in Thätigkeit zu treten.

**Wien, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
Ministerpräsident Graf Taaffe wurde heute zu  
seinem 60. Geburtstage von dem Erzherzoge Karl  
Ludwig und dessen Gemahlin, sämtlichen Mini-  
stern und zahlreichen Abgeordneten beglückwünscht,  
obgleich er von vornherein jede Dotation dankend  
abgelehnt hatte.

**Wien, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
Landgemeindevorstand Reichenberg wählte den deutsch-  
fortschrittlichen Kandidaten Angsten mit 220 von  
362 Stimmen zum Reichsrathsabgeordneten. Der  
Sozialist Adler erhielt 103 Stimmen.

**Pemberg, 24. Februar.** (W. T. B.) Die  
„Gazeta Wrońska“ bringt von angeblich gut  
unterrichteter Seite die Meldung, daß die russische  
Regierung auf das entgegengesetzte erklärt habe, sie  
beabsichtige keineswegs den nach Rußland ein-  
wandernden Banern Grund und Boden zu über-  
weisen, dieselbe habe vielmehr die Grenzbehörden  
angezeigt, den Theilnehmern an der galizischen  
Massenwanderung, ausgenommen die mit  
legalen Pässen versehenen und Erwerb suchenden  
Banern, den Uebertritt auf das russische Gebiet  
zu verwehren. Die Auswanderer seien thätig-  
lich von russischen Beamten an der Grenze zurück-  
gewiesen worden.

## Schweiz.

**Bern, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
Bundesrath hat an den französischen Völkshat  
Antrag eine Verbalnote gerichtet, worin er sein  
Bedauern darüber ausdrückt, daß der Präsident  
der französischen Republik Carnot, für den er alle  
Hochachtung bezieht, in der bekannten Weise bei der  
Bafeler Fastnacht verhöht worden sei.

— Für die internationale Sanitätskonferenz in  
Dresden hat der Bundesrath den schweizerischen  
Gesandten Roth in Berlin und den eidgenössischen  
Sanitätsreferenten Schmid in Bern abge-  
ordnet.

## Frankreich.

**Paris, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
während des Bafeler Carnevals entstandene  
Zwischenfall wird als beigelegt betrachtet. — Die  
Kammer votirte das dritte provisorische Zwölftel  
für das Budget 1893.

## Italien.

**Rom, 24. Februar.** (W. T. B.) Die  
leichte Erfüllung des Papstes dauert noch an;  
auf Anordnung des Papstes muß derselbe heute  
und morgen das Zimmer hüten. Sonntag wird  
der Papst die Audienzen wieder aufnehmen und  
den österreichischen Völkshat Grafen Revereza  
empfangen. Für Montag ist der Empfang des  
Generals v. Loë in Aussicht genommen.

**Rom, 24. Februar.** (W. T. B.) Der  
„Tribuna“ zufolge hofft die Regierung, da die  
Inspektion sämtlicher Emissions-Institute be-  
auftragt ist, die Refutale derselben dem Parla-  
mente zu Anfang des künftigen Monats vor-  
legen zu können; die Regierung dürfte sich dahin  
auch in der Lage sein, einen Gegenentwurf be-  
treffend die Organisation der Emissions-Institute  
mit einem vollständig flüssigen Kapital einzu-  
bringen.

## Dänemark.

**Kopenhagen, 24. Februar.** (W. T. B.)  
Der Ausschuss der Förlingshas hat die Erhebung  
einer Steuer von dem Nettogewinn der Aktiengesell-  
schaften und zwar im Betrage von 2 Prozent für  
die inländischen Aktiengesellschaften und im  
Betrage von 3 Prozent für die ausländischen  
Aktiengesellschaften wegen der im Lande erzielten  
Einnahmen beantragt. Der Finanzausschuss des  
Förlingshas bewilligte die für die telephonische  
Verbindung zwischen Kopenhagen und Malmö ge-  
forderten Kredite, sowie die Kredite für zwei große  
Eisbrecher zur Freihaltung von Sund und Belt  
in künftigen eisreichen Wintern und für ein neues  
Panzerdampf. Abgelehnt wurde die Errichtung einer  
dänischen Gesellschaft in Madrid, sowie die be-  
tragte Abwendung einer Kreuzerfregatte zur  
Flottenrevue bei Newyork.

## Großbritannien und Irland.

**London, 24. Februar.** (W. T. B.) Nach  
einer Meldung der „Times“ aus Buenos Aires  
vom 23. d. M. ist ein Dekret wegen Mobil-  
machung der Nationalgarde unterzeichnet worden.

## Rußland.

**Petersburg, 24. Februar.** In maßgebenden  
Kreisen kann man sich der traurigen Erkenntnis

nicht verschließen, daß in einer beträchtlichen Anzahl  
von Gouvernements, die verhältnismäßig wohl-  
habenderen im Westen des Reiches nicht ausgenom-  
men, die wirtschaftlichen Verhältnisse der  
Landbevölkerung durchaus nicht geeignet sind, der  
für den heranabenden Frühling zu besorgenden  
Wiederkehr von Nothstand und epidemischen Krank-  
heiten wirksam zu begegnen. Angesichts dessen  
richten sich die Bemühungen der Staatsver-  
waltung darauf, die nach dem Plane, beziehungs-  
weise ihrem Verlaufe der Ausführung nächst-  
liegenden öffentlichen Arbeiten zu beschleunigen.  
Hierbei wird das Augenmerk insbesondere auf den  
Ausbau ihrer Kommunitationen gerichtet, welchen,  
sei es wegen der Gestaltung der Verkehrsver-  
hältnisse, sei es im Hinblick auf die noch stets im  
hohen Grade bevorzogenen strategischen Interessen  
eine besondere Bedeutung innewohnt. Von den  
Eisenbahnbauten dieser Art sind insbesondere  
folgende als bereits genehmigt, beziehungsweise  
als in beschleunigter Vorbereitung befindlich zu  
verzeichnen: Die Verwaltung der südwestlichen  
Eisenbahnen wird im Frühjahr an die Herstellung  
eines zweiten Geleises auf der Strecke Moskwa-  
Gzarn-Strow schreiben. Die Rastower Bahn  
wird von der Station Biala-Cerkow mit der  
nachbarlichen Eisenbahn bei Monastyrskaya ver-  
bunden werden. Eine andere neu herzustellende  
Zweigbahn hat die Kremenezger Eisenbahn mit  
der Molotajewer Linie auf der Strecke Romna-  
Boromla zu verbinden. Auf die Beschleunigung  
der Erarbeiten auf den Nordostlichen Linien wird  
Nachdruck gelegt werden, indem in dieser Be-  
ziehung die Rücksichten auf die notwendige Be-  
schaffung von reichlicheren Erwerbsquellen für die  
Landbevölkerung mit besonderen ökonomischen und  
Verkehrsbedürfnissen zusammenstreffen. Des gegen-  
ständlichen Zusammenhanges wegen sei hier noch  
erwähnt, daß die Verwaltung der Terekopol-  
Eisenbahn mit jener der Wozko-Moskauer Bahn  
vereinigt werden und daß hiernach in Zukunft  
die Verwaltung beider als Wozko-Moskauer  
Linie zu vereinigen Eisenbahnen ihren Sitz in  
Moskau auslagern wird. Das von dieser Maß-  
regel auch eine neuerliche und ausgiebigere  
Purifizierung des Beamten- und Dienpersonalis  
von politischen und überhaupt katholischen Elementen  
zu gewärtigen ist, dürfte bei der seit einiger Zeit  
in dieser Beziehung wieder reger gewordenen  
Aktion kein Wunder nehmen.

Die im Westen vorgeschobenen, für das  
strategische Interesse wichtige Gebiet bilden den  
Gouvernements Siedel und Lublin werden im  
Frühjahre mit zwei neuen wichtigen Chaussees  
bedacht werden. Dieselben werden die Dorschtsch  
Wodawa und Wroslawski mit Sopolowa, dem  
Ausgangspunkte einer neuen, bereits hergestellten  
und mit einer größeren Brücke über den Bugfluß  
bei Slawatze versehenen Chaussee verbinden.

**Petersburg, 24. Februar.** (W. T. B.)  
Generalleutnant Hahn, der Inspektor der Grenz-  
wache, ist zum Konseilsmitglied im Finanz-  
ministerium ernannt worden. Sein Nachfolger  
wird Generalleutnant Swinjin, der Kommandeur  
des Garde-Artilleriekorps, werden. Die Grenz-  
wache wird in ein selbstständiges Korps umge-  
wandelt werden.

**Petersburg, 24. Februar.** (W. T. B.)  
Dem „Regierungsbote“ zufolge hat der Minister  
des Innern bei den ihm unterstellten Behörden  
die gesetzlichen Bestimmungen in Erinnerung ge-  
bracht, nach denen die jüdische Sekte der Karaiten  
nicht denjenigen Rechtsbeschränkungen unterliegt,  
welche hinsichtlich der übrigen Juden festge-  
setzt sind.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 25. Februar.** In der gestrigen  
wieder sehr zahlreich besuchten Versammlung des  
Stettiner Grundbesitzer Vereins in der  
„Bühnenhalle“ theilte der Vorsitzende, Herr  
A. Collas, zum ersten Gegenstande der Tages-  
ordnung, Beschluß der Kommission des Abge-  
ordnetenhauses über künftige Bestimmung der Kom-  
munalsteuern, zunächst mit, daß nach dem Be-  
richte des „Deutschen Reichs- und preussischen  
Staats-Anzeigers“ Nr. 32 vom 6. Februar d. J.  
die Steuerreformkommission des Hauses der  
Abgeordneten den § 45 des Kommunal-  
abgabengesetzes in folgender Fassung an-  
genommen habe:

„Die Vertheilung des Steuerbedarfs auf  
die Einkommensteuer und auf die Realsteuer ist  
nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu er-  
wirken: — Werden Zuschläge zur Staats-  
einkommensteuer erhoben, so sind  
mindestens gleiche hohe, höchstens um die  
Hälfte höhere Prozente der vom Senate veran-  
lagten Realsteuern (Grund-, Gebäude- und  
Gewerbesteuer) zu erheben. Letzteres gilt mit  
der Maßgabe, daß die Zuschläge zu den ver-  
anlagten Realsteuern in allen Fällen bis  
auf 150 Prozent dieser Steuer sich  
belaufen dürfen.“

Da das Wort „Zuschlag“ ferner mehrfach  
die Befristung hervorgerufen habe, dieselben  
künden neben der veranlagten Realsteuer noch  
separat erhoben werden, so habe der Bundes-  
vorstand der Berliner Grundbesitzer-Vereine ein  
jeweiliges Mitglied der betreffenden Kom-  
mission des Abgeordnetenhauses, welches bei der  
Redaktion der neuen Fassung des § 45 mit thätig  
gewesen ist, gebeten, dem Bunde über das Wort  
„Zuschlag“ authentisch Auskunft zu geben.

Die erhaltene Antwort lautet:  
„Die Staatssteuer wird veranlagt, aber  
nicht erhoben.“

Was als Gemeindesteuerzuschlag  
erhoben wird, ist thätiglich die ganze  
Steuer, die erhoben wird.  
Beträgt die Veranlagung 400 Mark und  
ein Gemeindesteuerzuschlag wird nicht beschloffen,  
so zahlt der Besitzer thätiglich nichts.  
Werden 100 Prozent Zuschlag beschloffen,  
so zahlt er 400 Mark, bei 150 Prozent  
Zuschlag 600 Mark.“

Die Veranlagung nimmt mit Befriedigung  
dovon Kenntnis, daß durch diese Interpretation  
die Veranlagung, welche durch das Wort „Zu-  
schlag“ auch in der Stettiner Hausbesitzer-Ver-  
sammlung laut geworden sind, glücklich be-  
seitigt sind.

Herr Dr. Graßmann referirt darauf weiter,  
daß auch der Bund der Berliner Grundbesitzer-  
Vereine eine ähnliche Petition wie der Stettiner  
Verein an den Herrn Finanzminister, das Abge-  
ordnetenhaus und das Herrenhaus erlassen habe.  
Ausbesondere petitionire Berlin dahin:

1. Daß die vom Staate den Kommunen über-  
wiesene Gebäudesteuer nicht von dem  
Bruttoertrage der Häuser, sondern, wie die  
Grundsteuer und die Gewerbesteuer — von  
dem Nettoertrage, ohne Rücksicht auf  
die Verschuldung derselben, erhoben wird.

2. Daß die höchste zulässige Belastung der  
Realsteuern mit kommunalen Zuschlägen  
überall 150 Prozent beträgt, und daß da wo  
geringere Zuschläge zur Einkommensteuer er-  
hoben werden, nur die gleichen Zuschläge  
zu den Realsteuern erhoben werden dürfen.

3. Daß die Realsteuern bei der Veranlagung  
zur persönlichen Einkommensteuer in Abzug  
gebracht werden dürfen.

Die Veranlagung begründet dieses Vorgehen  
des Berliner Bundes mit Dank, glaubt aber mit  
Rücksicht auf die eben erlassene Petition, von  
weiteren Schritten Abstand nehmen zu sollen.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung  
„Straßenreinigung“ entwickelte sich eine  
ausgesprochen lebhaft Debatte. Herr Collas  
erklärte zunächst, daß er mit Rücksicht auf seine  
Wahl in die von der Stadtverordneten-Versamm-  
lung eingesetzte Straßenreinigungs-Kommission sich  
der Darlegung seiner eigenen Ansicht vorläufig  
enthalten müsse. Herr Dr. Graßmann  
referirte sodann über die in der Vorberatung  
vom 21. Februar in dieser Angelegenheit auf-  
getauchten verschiedenen Ansichten. Es sprachen  
darauf die Herren Weyer, Stadtverordneter  
Berndt, Herr Wehrmeister, Herr Him-  
melfer, Herr Julius Kurz, Herr Urban,  
Herr Krasen, Stadtverordneter Krause,  
Stadtverordneter Suppl., Herr Neeske,  
Herr Gwald, Stadtverordneter Klein, zum  
Theil zu wiederholten Malen. Im Allgemeinen  
betonten sämtliche Redner, daß die bisherige  
Straßenreinigung, welche die Stadt in eigener  
Regie führe, sich sehr wenig bewährt habe. Die-  
selbe habe eine Menge neuer Beamten, aber wenig  
wirklich tüchtige Arbeiter geschaffen. In Folge  
dessen sei die Reinigung von der Stadt in durch-  
aus ungenügender Weise durchgeführt. Insbeson-  
dere gelte dies von der Reinigung der Bürger-  
steige. Obgleich das Statut ausdrücklich fest-  
setze, daß auch diese von der Stadt „mit zu  
reinigen“ seien, seien dieselben im Winter  
thätiglich von der Stadt überhaupt niemals  
gereinigt; ja, die Arbeiter seien direkt angewiesen,  
dieselben Bürgersteige nicht zu reinigen. Die man-  
gelhafte Reinigung der Straßen werde auch nicht  
besser, als bis die Stadt in 8-12 Reihenfolge,  
vielleicht den Polizeirevierren entsprechend, getheilt  
und jeder dieser Bezirke einem Unternehmer,  
jeweils aber zwei Bezirke einem Unternehmer  
übertragen werde, der dann in ganz anderer Weise  
darauf achten könne, wirklich tüchtige Arbeiter  
zu schaffen, als die Stadt.

Betreffs der weiteren Schritte für die Zu-  
kunft vertrat Herr Stadtverordneter Suppl.  
den prinzipiellen Standpunkt, daß die Hausbe-  
sitzer mit der Straßenreinigung überhaupt nicht  
mehr zu thun hätten wie jeder andere Stand.  
Er beantragte daher die Resolution:

„Die Veranlagung wolle beschließen: der  
„Stettiner Hausbesitzerverein empfindet es als  
„ein Unrecht, daß die Hausbesitzer die  
„Straßenreinigung allein kostenpflichtig zu  
„tragen haben, da die Straßen und Bürger-  
„steige Gemeinde-Eigentum der Stadt sind.  
„Er hält es daher allein für der Gerechtigkeit  
„entsprechend, die Straßenreinigung, und zwar  
„für Fahrstrassen und Bürgersteige, ganz und  
„gar auf den Gemeindefiskus zu übernehmen  
„und die Kosten durch eine allgemeine Umlage  
„zu decken.“

Die Resolution fand einstimmige An-  
nahme in der Versammlung. Auf die Frage  
aber, was zu geschehen habe, wenn dieser von der  
ganzen Versammlung getheilte prinzipielle Stand-  
punkt zur Zeit sich nicht erreichen lasse, sprachen  
sich nur ganz vereinzelte Redner für Verbehalten  
des jetzigen Zustandes bis zum Ablauf der drei  
Probejahre (1. Juli 1894) aus. Die große  
Mehrzahl der Redner betonte, daß für die Zu-  
kunft jedenfalls eine Alternative geschaffen  
werden müsse:

entweder

„der Hausbesitzer übernehme mit der Reinigung  
„des Bürgersteiges eine Naturalleistung,  
„bezahle dann aber auch nichts an die Stadt“  
oder

„der Hausbesitzer bezahle eine gewisse Ab-  
„gabe für die Straßenreinigung, habe dann  
„aber auch in Zukunft mit der Straßenrei-  
„nung absolut nichts mehr zu thun.“

Nach längerer Debatte neigte sich die Stim-  
mung der Versammlung mit Rücksicht auf die  
manigfachen Unbequemlichkeiten und Konflikte  
mit der Polizei, welche die Uebernahme der Rei-  
nigungspflicht für die Bürgersteige wieder mit sich  
bringen würde, mehr der zweiten Alternative zu  
und es gelangte schließlich folgende Resolution zur  
Annahme

„der Stettiner Grundbesitzerverein beschließt für  
„den Fall, daß der allein der Gerechtigkeit ent-  
„sprechende Standpunkt des Herrn Stadtver-  
„ordneten Suppl. zur Zeit sich nicht erreichen  
„läßt, in erster Linie dahin zu wirken: die  
„Stadtgemeinde hat überhaupt die Straßen zu  
„reinigen und auch zu streuen. Auch an den  
„Reinigungstagen hat die Kommune bei  
„möglichem Schneefall oder eintretendem Thau-  
„wetter allein für Reinhaltung des Bürger-  
„steiges zu sorgen, so daß also der Haus-  
„besitzer unter keinen Umständen mehr mit der  
„Straßenreinigung zu thun hat. Hierfür kann  
„von dem Hausbesitzer ein Staffelrath je nach  
„drei, zwei, oder einmaliger Reinigung der  
„Straßen bis zu 18, 12, bez. 6 Pfennig pro  
„Quadratmeter erhoben werden. Erst wenn  
„sich auch dies nicht durchsetzen läßt, ist in  
„zweiter Linie wenigstens zu erstreben, daß der  
„Hausbesitzer dann zwar die Reinigung des  
„Bürgersteiges seinerseits übernimmt und zwar  
„Winter und Sommer, daß er aber in diesem  
„Falle befähigt ist, den Reicht, bezüglich  
„Schnee, Eis und Schlamm vom Bürgersteige  
„auf den Fahrstrasse zu werfen und die Klein-  
„münne überreicht dafür die Abfuhr dieses Sch-  
„necks, Schmers, Eises u. sowie die Reinigung  
„des ganzen Fahrstrasses auf eigene Kosten  
„ohne einen Zuschuß der Hausbesitzer über-  
„nimmt.“

Diese Resolution wurde schließlich von der  
Versammlung mit allen gegen eine Stimme votirt  
und die Versammlung darauf um 10<sup>1/2</sup> Uhr ge-  
schlossen.



